

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39
Telefax: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Dr. Uwe Küster MdB
zum Befund der Mc-
Kinsey-Studie und ih-
ren Empfehlungen:
Ökonomisches Überle-
ben Ostdeutschlands
politisch sichern

Seite 1

Günter Verheugen MdB
zur Verurteilung von
Winnie Mandela: Tragi-
sches Schicksal im Be-
freiungskampf.

Seite 3

Konrad Nabel MdL zur
Realisierung einer an
ökologischen Zielset-
zungen orientierten
Problemlösung: Kieler
Abfallgesetz vorbildlich
für das ganze Land.

Seite 4

Inge Wettig-Daniel-
meier MdB zum 65.
Geburtstag von Eilfriede
Hofmann: "Wenn es
sein muß, bin ich auch
unbequem".

Seite 5

Hans Wallow MdB zu
Äußerungen von Eber-
hard Diepgen: Ohne
Tritt, marsch!

Seite 6

46. Jahrgang / 92

16. Mai 1991

Ökonomisches Überleben Ostdeutschlands politisch sichern

Zum Befund der McKinsey-Studie und ihren Empfehlungen

Von Dr. Uwe Küster MdB (Magdeburg)
Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

McKinsey sei Dank: endlich sind wir Sozialdemokraten von dem Makel befreit, die wirtschaftlichen Verhältnisse in Ostdeutschland durch unsere Katastrophenbilder immer weiter in den Keller zu reden. Die amerikanische Unternehmens-Beratungsfirma (die, soweit bekannt ist, nie durch übertriebene Nähe zu den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der SPD aufgefallen ist) hat im Auftrag der Bundesregierung eine Studie vorgelegt, die eines ganz deutlich signalisiert: psychologische Gesundheitsbetriebe ist völlig fehl am Platze.

Sarkasmus beiseite: die Lage in Ostdeutschland muß schonungslos analysiert werden. Der Bericht von McKinsey ist da mehr als hilfreich. Er sieht es als eine "gesicherte Erkenntnis" an, daß die Zahl der Beschäftigten in den neuen Ländern von 9,25 Millionen (Ende 1989) auf circa fünf Millionen sinken wird. Die Binnennachfrage ist 1990 zusammengebrochen, ebenso der Osthandel und die Exporte sowohl in die alte Bundesrepublik als auch in die westlichen Länder. Die Privatisierung von Unternehmen (und damit verbunden die Schaffung marktgerechter Arbeitsplätze) sind weiter hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Die Rosinen sind herausgepickt, auf dem großen Rest wird die Treuhand sitzenbleiben. Existenzgründungen in Ostdeutschland dürfen in ihrer Dauerhaftigkeit nicht überschätzt werden, denn die Überlebensquote dürfte geringer sein als in den alten Ländern, wo mehr als die Hälfte aller Neugründungen spätestens nach fünf Jahren zugrundegeht.

Soweit Bestandsaufnahme und Ausblick. Wir werden uns damit abfinden müssen, daß die Gleichheit der Lebensverhältnisse innerhalb Deutschlands noch lange nicht hergestellt sein wird. Alles andere wäre Augenwischerei bei einem geschätzten Investitionsbedarf durch Staat und Privatwirtschaft von sage und schreibe 2.000 Milliarden Mark bis zur Jahrtausendwende.

Die Schlussfolgerungen von McKinsey bedürfen allerdings einer kritischen Würdigung. Das Unternehmen sorgt sich um falsche Subventionen für nicht benötigte Kapazitäten in den neuen Ländern, die erhebliche Auswirkungen auf die Wettbewerbssituation hätten. Der Warnung vor einer zu großen Konzentration der politischen und wirtschaftlichen Kräfte auf die innerdeutschen Belange folgt das abschließende Urteil:

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit. zuzügl. MwSt und Versand.

Verwendet Umwelt
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Das aus unserer Sicht größte Risiko für Gesamtdeutschland besteht darin, daß die soziale Marktwirtschaft durch wenig differenzierte Eingriffe des Staates an Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit verliert. Dem muß aus sozialdemokratischer Sicht folgendes entgegengehalten werden:

1. Die Gesundung Ostdeutschlands wird auf Jahre hinaus das innenpolitische Thema Nummer eins sein. Gelingt sie nicht, wird Deutschland als Ganzes in einen Abwärtssog geraten. Insofern geht die Warnung von McKinsey genau am Kernpunkt vorbei.
2. Es gibt zur Sozialen Marktwirtschaft keine Alternative. Nur - was bedeutet dieser strapazierte Begriff denn eigentlich? Doch wohl in erster Linie die privatwirtschaftliche Grundlage der gesellschaftlichen Ordnung bei gleichzeitiger sozialer Abfederung des Einzelnen. Wer diese Grobdefinition ernst nimmt und sich gleichzeitig die Lage in den neuen Ländern vor Augen führt, darf nicht nur auf das freie Spiel der Kräfte vertrauen.
3. Eine Massenarbeitslosigkeit von bis zu 50 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung (wie sie bei uns im Osten abzusehen ist) kann keine moderne Volkswirtschaft verkraften, von den gesellschaftlichen Folgewirkungen ganz zu schweigen. In einer solchen Situation darf man keine falsche Angst vor staatlichen Eingriffen und Übergangssubventionen haben. Sie sind im Gegenteil die einzigen Instrumente, um kurz- und mittelfristig einen totalen Zusammenbruch zu verhindern. Die Soziale Marktwirtschaft verliert damit keineswegs an Glaubwürdigkeit, sondern macht ihrem Namen alle Ehre.
4. Daraus folgt als Konzept eine aktive Struktur- und Arbeitsmarktpolitik, deren wichtigster Bestandteil der flächendeckende Aufbau von Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften ist. Die Menschen fallen nicht in deprimierende Arbeitslosigkeit, sondern erwerben mit staatlicher Unterstützung neue berufliche Fähigkeiten und erhöhen damit ihre Chancen auf einen "echten" Arbeitsplatz. Schwerpunkte sollten der ökologische Bereich (Altlastensanierung) sowie moderne Kommunikationstechniken sein. Das Geld, was dafür benötigt wird, ist eine Investition in die Zukunft, während die reine Finanzierung von Arbeitslosigkeit keine Impulse freisetzen kann.
5. Auch Westdeutschland kommt nicht ohne Subventionen aus. Ganze Wirtschaftszweige (Bergbau, Landwirtschaft, Schiffbau) wären sonst nicht überlebensfähig. Ob Wirtschaftsminister Möllemanns ehrgeiziges Kürzungsprojekt von zehn Milliarden Mark jährlich sich realisieren läßt, wird sich noch zeigen müssen. Aber - um wieviel mehr benötigt der Osten staatliche Hilfe bis hin zur Übernahme von nicht sofort zu privatisierenden Unternehmen?

Über Einzelheiten kann man streiten. Wichtig ist jetzt, eine grundsätzliche politische Weichenstellung für das wirtschaftliche Überleben Ostdeutschlands zu treffen. Es ist zu hoffen, daß die Bundesregierung die Analyse von McKinsey ernst nimmt, ohne die Schlußfolgerungen zu übernehmen. Die Vorschläge der SPD für einen sozialverträglichen Umbau der ostdeutschen Wirtschaft liegen jedenfalls schon länger auf dem Tisch.

(-/16. Mai 1991/rs/fr)

Tragisches Schicksal im Befreiungskampf
Zur Verurteilung von Winnie Mandela

Von **Günter Verheugen MdB**

Stellvertretender außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Der Fall Winnie Mandela ist ein tragisches Schicksal im südafrikanischen Befreiungskampf. Winnie Mandela, als "Mutter der Nation" gerade von vielen schwarzen Jugendlichen verehrt, hat jahrzehntelang auf bewundernswerte Weise, trotz ununterbrochener Repressionen und Schikanen des Apartheid-Regimes gegen ihre Person und gegen ihre Familie, der politischen Unterdrückung in Südafrika nach Kräften widerstanden.

Die Vorwürfe, die während des Gerichtsverfahrens gegen Winnie Mandela erhoben worden sind, lassen sich von dieser Stelle aus nicht überprüfen; auch geht es nicht darum, begangene Verbrechen vor allem ihrer "Leibwache" zu verharmlosen. Doch bevor die konservative Afrika-Lobby ihren Zeigefinger erhebt und alte Stereotypen des Terrorismus gegen den ANC beschwört, muß zumindest an drei wesentliche Faktoren erinnert werden, ohne die ein plausibles Urteil über den Prozeß und die Verurteilung Winnie Mandelas nicht auskommen kann:

1. Winnie Mandela ist in einem in den letzten Monaten bestenfalls modifizierten Rechtssystem verurteilt worden, das über Jahrzehnte die Apartheid verteidigt und im Sinne des Rassismus "Recht" gesprochen hat.
2. Der Apartheidstaat hat durch eine brutale Politik der Diskriminierung, Unterdrückung und Verfolgung eine politische Kultur der Gewalt geschaffen, die alle Bevölkerungsschichten erfaßt hat. Ohne Drohungen und gezielte Repressionen gegen ihre Person hätte sich Winnie Mandela keine "Leibwache" anschaffen müssen.
3. Die südafrikanische Justiz hat sich im Verfahren gegen Winnie Mandela betont von der rechtsstaatlichen Seite gezeigt. Das ist gut, aber es wirft die Frage auf, weshalb die in Südafrika wohl bekannten Verantwortlichen für Morde und Folgerungen durch den "Sicherheitsapparat" der Apartheid nicht ebenfalls nach rechtsstaatlichen Grundsätzen behandelt werden.

Wenn das Urteil gegen Winnie Mandela bestehen bleibt und vollstreckt wird, werden die radikalen Jugendlichen in den Townships dies als Scheitern der Verständigungspolitik begreifen. Südafrika könnte dann schnell eine neue Wende erleben - diesmal wieder nach rückwärts.

Der Fall Winnie Mandela gibt deshalb Anlaß zu tiefer Sorge über die Entwicklung in Südafrika, denn er bedeutet auch eine Schwächung von Nelson Mandela und des ANC. Die Zeiten, in denen die Freilassung Nelson Mandelas und die Aufhebung des Banns gegen die Opposition Anlaß zur Hoffnung auf ein baldiges demokratisches und nicht-rassistisches Südafrika gaben, sind vorbei. Es wird immer offensichtlicher, daß sich die Politik de Klerks weitgehend auf die Aufhebung von Restriktionen beschränkt, die seine Vorgänger verhängt haben. Für den Aufbau eines gerechten und demokratischen Südafrika hat die weiße Minderheitsregierung bisher nur wenig getan. Vieles deutet sogar darauf hin, daß sie aktiv versucht, den ANC zu schwächen.

Mit seiner ambivalenten Politik konnte de Klerk jedoch die Außenminister der EG-Staaten von den Stühlen reißen, die endlich einen Grund gefunden haben, die lästigen Sanktionen gegen Südafrika aufzuheben. Der Druck, der den Apartheid-Staat zum Einlenken gezwungen und die Opposition gestärkt hat, hat dadurch stark nachgelassen. Fallen auch noch die amerikanischen Sanktionen, wird es für das weiße Regime keinen Grund mehr geben, den Prozeß des Wandels voranzutreiben. In dieser schwierigen Situation ist Solidarität mit dem ANC wichtiger denn je. Die Bundesrepublik und die EG müssen den ANC tatkräftig bei dem friedlichen Kampf um den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft unterstützen.

(-/16. Mai 1991/rs/fr)

Kieler Abfallgesetz vorbildlich für das ganze Land

Zur Realisierung einer an ökologischen Zielsetzungen orientierten Problemlösung

Von Konrad Nabel MdL

Abfallpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag von Schleswig-Holstein

Kaum ein Gesetzesvorhaben ist in unserem Land so intensiv und ausführlich diskutiert worden wie der vorgelegte Entwurf eines Landesabfallgesetzes. Seine Grundsätze sind seit der Vorlage des Berichts zu den "Möglichkeiten der Vermeidung und Verwertung von Abfällen" im Oktober 1989 bekannt. Der Entwurf wurde vor allem in der konstruktiven Auseinandersetzung mit den kommunalen Landesverbänden, den Kreisen und kreisfreien Städten sowie der Wirtschaft erarbeitet.

Mit diesem Gesetzentwurf setzt der schleswig-holsteinische Minister Heydemann die in vielen Jahren entwickelte Programmatik der SPD um. Neben der notwendigen Ausfüllung des Bundes-Abfall-Gesetzes schöpft das Land seinen rechtlichen Rahmen voll aus, um in Schleswig-Holstein eine Abfallpolitik des "Beseitigens" auf Misch-Deponien und der Verbrennung zu verlassen und eine an ökologische Zielsetzungen orientierte Abfallwirtschaft zu verwirklichen, die Vermeidung, Verminderung und stoffliche Verwertung in den Vordergrund stellt.

Zu begrüßen wäre es, wenn auch Bundesumweltminister Töpfer seinen rechtlichen Spielraum voll ausschöpfte und Zielvorgaben, Kennzeichnungspflicht, Rücknahmepflicht und Produktionsverbote ausspräche. Stattdessen legt er eine Verpackungsverordnung vor, die die Abfallmenge nicht verringert, sondern nur verlagert und dabei der Industrie die "Rosinen" überläßt, während sich der entsorgungspflichtigen Körperschaften mit dem schwierig zu verwertenden Rest herumschlagen müssen.

Der durch den Gesetzentwurf gezogene Rechtsrahmen führt für die Kreise und kreisfreien Städte das Bundesabfallgesetz aus und weist ihnen die Aufgaben der Entsorgung zu. Im Rahmen der Gesetzes sind die Kreise und kreisfreien Städte in der Ausführung der Aufgabe selbst verantwortlich. Einige schleswig-holsteinische Kreise und kreisfreie Städte haben sich dieser Aufgabe bereits vorbildlich gestellt.

Durch die Neuordnung des Gebührenrechts sollen alle durch das Gesetz auf die entsorgungspflichtigen Körperschaften zukommenden Mehrausgaben auf die Gebühren umgelegt werden können. Es tritt also auch keine zusätzliche finanzielle Belastung der Kreise und kreisfreien Städte ein.

Auch bei der Standortsuche werden die entsorgungspflichtigen Körperschaften in ihrer Verantwortung nicht eingeschränkt. Ihnen wird mit den erstmals für das ganze Land flächendeckend geltenden Ausschlußkriterien und den von ihnen selbst zu gewichtenden Bewertungskriterien ein Planungs- und Durchsetzungsinstrumentarium an die Hand gegeben, das rechtlicher Prüfung standhält, "gerichtsfest" ist.

Die Erarbeitung von Ausschluß- und Bewertungskriterien erfolgte weitgehend in gemeinsamer Arbeit zwischen dem Umweltministerium und dem Landkreistag. Die nicht ausgeräumten geringen Bewertungsunterschiede lassen sich sicher in der weiteren Diskussion ausräumen.

Auch die Einrichtung der Gesellschaft zur Organisation der Entsorgung von Sonderabfällen (GOES) findet in der im Gesetzentwurf verankerten Konstruktion die Zustimmung der SPD-Fraktion. Durch eine mindestens 51-Prozent-Beteiligung der öffentlichen Hände ist der hoheitliche Charakter dieser Gesellschaft sichergestellt. Die weitere Beteiligung der Wirtschaft läßt ein Zurückgreifen auf zum großen Teil bewährte Entsorgungsstrukturen zu.

Insgesamt werte ich die weitgehende Zustimmung vieler in der Zwischenzeit angehörter Verbände, auch der Umweltverbände zum vorgelegten Gesetzentwurf als ein gutes Zeichen; dies läßt auf eine konstruktive Beratung des Gesetzentwurfs im Umweltausschuß des Landtages hoffen.

Die eigentliche Nagelprobe wird in der Umsetzung des Gesetzes bestehen, in der konstruktiven Zusammenarbeit zwischen dem Land und den Kreisen und kreisfreien Städte, um unseren Kindern eine etwas gesündere Umwelt übergeben zu können.

(-/16. Mai 1991/rs/ff)

"Wenn es sein muß, bin ich auch unbequem"

Zum 65. Geburtstag von Elfriede Hoffmann

Von Inge Wettig-Danielmeyer

Bundeschäftsinhaberin der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)

"Wenn man mich um sechs weckt, dann könnte ich aufstehen und drei Tage hintereinander reden", sagte Elfriede Hoffmann einmal in einem Zeitungsinterview vor ihrer ersten Wahl zur ASF-Bundeschäftsinhaberin im Juni 1977 in Siegen. Bis 1981 führte sie die ASF auf Bundesebene. Von 1977 bis 1982 gehörte sie dem SPD-Parteivorstand an. Heute ist sie Mitglied der Bundeschiedskommission.

Mehr als die Hälfte ihrer 65 Lebensjahre hat Elfriede Hoffmann mit der Gewerkschaft zu tun gehabt, etwas weniger mit der SPD. Ihr Lebensweg ist fast typisch für ihre Frauengeneration. Handicaps, die ihr den Start in die Karriere hätten vermasseln können, gab es genug: Geboren wurde sie 1926 in Berlin als Tochter eines ungelerten Arbeiters. Aufgewachsen ist sie in Königsberg, unpolitisch - wie sie sagt - war das Klima im Elternhaus. Wörtlich: "Da ging es mehr um das Überleben und mit 16, so berichtete sie 1977, habe sie mehr Sinn für Soldaten und Matrosen als für Politik gehabt. Mit 17 hat sie sich verlobt. Dann der Krieg. Der Verlobte fällt, sie gerät in russische Gefangenschaft. Dort kommt ihr Sohn Konrad zur Welt. Während der fünf Jahre Lagerzeit lernte sie Schwerarbeit kennen: Gleise verlegen, Kohlewaggons ausladen. Sie arbeitete als Kranführerin, als Lehrerin. In der Landesstelle Ostpreußen für Nachkriegsgeschichte, arbeitete sie als wissenschaftliche Sekretärin. Dort bekam sie auch "Das Kapital" von Marx und politische Literatur in die Finger - zu einer Zeit, da in Deutschland Bücher verbrannt wurden.

Nach dem Krieg landete sie als Akkordarbeiterin in einer Lübecker Blechverpackungsfabrik. 1950 wird sie Mitglied bei der IG Metall, studiert an der damaligen Hamburger Akademie für Gemeinwirtschaft. Wenig später tritt sie in die SPD ein.

Stets war bei ihr deutlich zu spüren: Gewerkschaften und SPD sind zwei Stränge einer politischen Bewegung. Elfriede Hoffmann hat sich in erster Linie immer als Gewerkschafterin gefühlt. Ihr Weg von der IG Metall in Lübeck über den Hamburger DGB-Landesbezirk bis ins Referat für Frauenfragen beim DGB-Bundeschäftsinhaber und zuletzt als geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, prägten ihr politisches Engagement. Die Themen Arbeitsschutz und Lohn, Schulungs- und Bildungsfragen gehörten ebenso zu ihren Spezialgebieten wie Probleme der Frauenerwerbsarbeit. In einem Interview mit PPP, das kurz nach ihrer Wahl zur ASF-Bundeschäftsinhaberin 1977 geführt wurde, antwortet sie auf die Frage einer stärkeren Anbindung der SPD-Frauen an die Gewerkschaften: "...Nach wie vor bleiben wir eigenständige Organisationen, auch wenn wir gemeinsame Ziele haben, zum Beispiel im Hinblick auf die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit".

Daß die "Männerherrschaft" in der SPD nur dadurch gebrochen werden könne, wenn die Frauen anteilmäßig ihrer Mitgliederzahl in den jeweiligen Gliederungen und Entscheidungsgremien der Partei vertreten seien, davon war sie überzeugt. Im "Sozialdemokrat Magazin" schrieb sie dazu 1977: "Die Quotierung ist auf der Bundesfrauenkonferenz der SPD nach langer Diskussion zwar abgelehnt worden. Aber damit ist die Diskussion nicht beendet: Sie wird so lange nicht verstummen, bis die Frauen, entsprechend ihrem Anteil in der Gesamtmitgliedschaft, in den Parteigremien vertreten sind."

Sie hatte Recht. Die ASF machte Druck. Seit August 1988 gibt es die satzungsmäßig vorgeschriebene Mindestbeteiligung von Frauen und Männern in Gremien, Funktionen und Mandaten.

1985 erhielt sie das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse. damit wurde insbesondere auch ihr Engagement für die Gleichberechtigung gewürdigt.

Sie hat es nicht immer leicht gehabt - mit den Frauen der ASF, manchmal die Frauen auch nicht mit ihr. Der Einfluß der autonomen Frauenbewegung auf die ASF und das Engagement vieler ASF-Frauen in der Frauenbewegung mit ihren unorthodoxen und provozierenden Fragen hat die Gewerkschafterin mehr als einmal gestört. Dennoch: Ohne Elfriede Hoffmann wäre die ASF-Geschichte ärmer und immer noch ist ihr Einsatz für die ASF gefragt: Im Wahlkampf in den neuen Ländern und in zahlreichen Diskussionen.

Wir wünschen ihr weiterhin alles Gute und gratulieren ihr zum Geburtstag ganz herzlich.

(-/16. Mai 1991/rs/fr)

Ohne Tritt, marsch! Zu Äußerungen von Eberhard Diepgen

Von Hans Wallow MdB

Den Deutschen, bisher wohl eher eine Ansammlung von Bausparkassen-Vertragsinhabern als eine richtige Nation, fehlt etwas: Es herrscht ein absoluter Mangel an "Tschingderassabum".

Eberhard Diepgen, Regierender Bürgermeister von Berlin, hat in der Republik die "Paradenlücke" ausgemacht. Der illustrierten "Bunte" vertraute der Regierende an: "Natürlich wird es auch in Berlin sowie in anderen deutschen Städten Zeremonien der Bundeswehr geben. Außerdem muß jetzt so schnell wie möglich ein Ehrenbattalion der Bundeswehr nach Berlin kommandiert werden damit der Bundespräsident Staatsgäste auch hier angemessen begrüßen kann. Bisher hielten die Alliierten in Berlin Truppenparaden ab. Genau so kann ich mir künftig Bundeswehrparaden in Berlin vorstellen."

Dem ungedienten Diepgen ist wohl entgangen: Für eine richtige Parade braucht man den Stehschritt und den kann die Bundeswehr nun einmal nicht.

Doch dem Unbill der Hardthöhe in Bonn zum Trotz bekam der Paradeliebhaber vom parlamentarischen Staatssekretär im Verteidigungsministerium Schützenhilfe: "Die Durchführung von Paraden ist an jedem Ort der Bundesrepublik Deutschland und damit auch in Berlin möglich." Zwar bestehe derzeit noch keine konkrete Planung, aber sollten entsprechende Anträge zu bestimmten "besonderen Anlässen" gestellt werden, so werde der Verteidigungsminister diese sorgfältig prüfen. Der Regierende kann aufatmen, endlich wird es auch in Berlin deutsches "Tschingderassabum" geben. Und was den leidigen Stehschritt angeht, da kann das ehemalige NVA-Wachbattalion den Wessis mal zeigen wo's lang geht. Hinter dem Schellenbaum wächst zusammen, was zusammen gehört.

Diese Bonner haben den "Tschingderassabum" immer verschämt auf der stadtfernen Hardthöhe versteckt. Das wird nun anders: Mit schimmernder Wehr, klingendem Spiel und Mann, Ross und Wagen geht's ab durch das Brandenburger Tor. - Im Trommeln und Pfeifen bleibt ungehört die Mahnung von Kurt Tucholsky schon im Jahre 1919:

"Laß endlich schweigen, o Republik, Militärmusik! Militärmusik!"

(-/16. Mai 1991/rs/fr)
